

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Telegr.-Adr.: Zeitung



Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.80 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Alltag“, „Reise und Erholung“, „Unterhaltungsbelletrik“. — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechspaltige 8 mm hohe (Bett-) Zeile ober deren Rahmen mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Klage, Datenvorrichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmehonorar für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pf. Beleglieferungen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkontokonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munger. A. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munger, Spangenberg

Nr. 60

Donnerstag, den 19. Mai 1932.

25. Jahrgang.

Reichstag erst im Juli?

Wiederbeginn der Ausschularbeiten. — Verzögerung des Kabinettsübergangs.

Berlin, 19. Mai.

Die Reichsregierung, die sogleich nach der Zerstreuung ihrer Beratungen wieder aufgenommen hat, hält es für notwendig, die sachlichen Fragen der Fertigstellung des neuen Haushaltsgesetzes und insbesondere der Arbeitsbeschäftigung im Vordergrund der Erörterungen. Personelle Angelegenheiten, also die Berufung eines neuen Reichswehramts und Reichswirtschaftsministers, scheinen bisher nicht verändert worden zu sein. Auch mit dem Leiter des Ministeriums im Reichswehrministerium, General Schleicher, hat der Kanzler dem Vernehmen nach Personalfragen nicht berührt. Das gleiche gilt von der Hinzuziehung des Lepten Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler zu den Kabinettsarbeiten.

Da ein Abbruch der Staatsarbeiten des Reichskabinetts vor Ende Mai kaum noch zu erwarten ist, wird es auch im Reichstag zu einer Verzögerung in der Verabschiedung des neuen Haushaltsgesetzes kommen. In parlamentarischen Kreisen erörtert man denn auch schon die Möglichkeit eines Verschiebens auf die ursprünglich vorgesehene Juni-Sitzung des Reichstags. Man geht dabei davon aus, daß der Reichstag und der Haushaltsausschuß des Reichstags, der nach den Dispositionen des Reichstagspräsidenten sogleich mit der Einzelberatung des Etats beginnen soll, kaum vor Ende Juni mit ihren Arbeiten fertig sein werden, so daß das Plenum des Reichstags erst wieder im Juli zusammenzutreten brauchte.

Die Reichstagsausschüsse werden allerdings programmatisch ihre Arbeiten wieder aufnehmen. So ist der Haushaltsausschuß endgültig für kommenden Montag einberufen worden, um eine Reihe von Anträgen in den letzten Vorberatungen sowie mehrere kleinere Vorlagen zu erledigen. Am Dienstag treten dann auch der Steuerauschuß und der Auswärtige Ausschuß wieder zusammen, am Mittwoch folgt der Handelspolitische Ausschuß und am Freitag der Sozialpolitische Ausschuß, der einen Bericht über die Lage der Sozialversicherung abzugeben hat. Auf der Tagesordnung des Auswärtigen Ausschusses steht der Bericht des Reichskanzlers und Reichsaussenministers über die Genfer Verhandlungen, Tribute, ausländische Schulden, Abrüstung, Memel-Land, Danzig.

Nach der Erledigung des sachlichen Arbeitsprogramms sollen dann die Personalfragen mit einem Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten von Hindenburg in Angriff genommen werden. Im Verlaufe dieser Verhandlungen wird der Kanzler, wie es offiziell angekündigt worden ist, nochmals Besprechungen mit General Schleicher haben, um sich über die Stimmung der Wehrmacht zu informieren. Da Reichspräsident von Hindenburg bis Ende Mai auf Gut Neubabelsberg bleiben dürfte und der Kanzler vorerst nicht die Absicht hat, den Reichspräsidenten dort zur Berichterstattung aufzusuchen, so ist anzunehmen, daß Brühlings Vortrag erst Anfang Juni erfolgen wird.

Während also in der Reichspolitik für die nächsten Tage Entscheidungen nicht zu erwarten sind, sieht man mit um so größerer Spannung der Eröffnung des neuen Preussischen Landtags am kommenden Dienstag entgegen. Wenn nicht alles täuscht, werden im neuen Preussischen Landtag die Gegensätze unvermittelt aufeinanderprallen. Die ersten Kämpfe werden um die Wahl des neuen Präsidiums entbrennen. Soweit die Fronten bisher bereits geklärt sind, fordern die Nationalsozialisten das Amt des Landtagspräsidenten für sich — als Kandidaten präsentieren sie den Abgeordneten Krell — während das Zentrum und die Sozialdemokraten die Vizepräsidenten stellen wollen. Noch größer sind natürlich die Schwierigkeiten, die bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten zu überwinden sind. Im übrigen kommt es hier zunächst darauf an, ob der neue Landtag die vom alten Parlament vorgenommene Abänderung der Geschäftsordnung, wonach die Neuwahl des Ministerpräsidenten mit „klarer Mehrheit“ erfolgen muß, aufhebt oder nicht.

Da bisher eine gegenseitige Fühlungnahme der preussischen Fraktionen nicht zu beobachten war, nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß der neue Landtag in seinen ersten Sitzungen nur die absolut notwendigen Wahlen vornehmen wird, um sich dann zu vertagen und damit den Fraktionen Zeit für die notwendigen Verhandlungen zu geben.

Inzwischen werden dann auch in der Außenpolitik Entscheidungen herankommen. Die Abrüstungskonferenz, die jetzt gleichfalls ihre Pfingstferien beendet hat, kann nicht ins ferlose über Fragen zweiter und dritter Ordnung diskutieren und um die Grundfragen herumgehen, und die Delegierten der Abrüstungskonferenz können höchstens am 16. Juni nicht gut in Lausanne zusammenkommen, nur um den Beschluß zu fassen, nochmals für einige Monate nach Hause zu gehen. Eine baldige Klärung der internationalen Situation ist jedoch leider nicht zu erwarten. Bezieht sich doch selbst der Führer der französischen Radikalsocialisten, Edward Herriot, die Erklärung abzugeben, daß er die Politik Tardieu's fort-

Memelprozeß vertagt

Einstellung des Verfahrens gegen Schulrat Meher und Beckers?

— Rowno, 19. Mai.

Der „Spionage“-Prozeß gegen den memelländischen Schulrat Meher und den von der litauischen Polizei beschuldigten Reichsdeutschen Beckers, der auf den 21. Mai festgesetzt war, ist in letzter Stunde durch einen Geschäftsordnungsbeschluß des litauischen Kriegsgerichts auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der Beschluß geht auf einen Antrag des Staatsanwalts beim Kriegsgericht, General Wiemer, zurück, der von vornherein der Auffassung gewesen sein soll, daß das Material gegen Meher und Beckers nicht ausreicht und völlig unzulänglich ist. Dieses Material ist dem Untersuchungsrichter Vorholt, der auch die erste Voruntersuchung führte, zurückgereicht worden.

Es ist zu hoffen, daß die nachträgliche Unterbrechung nun zu einer Freilassung der Angeklagten überhaupt führt.

Haager Verfahren gegen Polen

Von Deutschland in der Frage des Fürsten Pleh beantragt. — Schlechte Aussichten für die Wiederwahl Plehs in den Rat.

Genf, 19. Mai.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundsrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleh gegen die polnische Regierung einen entscheidenden Schritt unternommen. Der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat, Graf Welzel, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß die deutsche Regierung sich mit einer Klage gegen Polen an den internationalen Haager Gerichtshof gewandt hat. Damit wird der Fall

zusehen gedent. Denn das bedeutet, daß einem Vertreter des „Daily Herald“ gemachten Ausführungen, eine Verabschiedung der deutschen Tributzahlungen sei unmöglich, wenn sich die Vereinigten Staaten und England nicht zu entsprechenden Heraushebungen der Kriegsschuldendahlungen bereitstellen. Ueber die Abrüstung sagte Herriot: Die Radikalsocialistische Partei beurteilt die Abrüstung als eine Frage der internationalen Sicherheit. Sie glaube, daß die Begrenzung oder Heraushebung der Rüstungen nur unter der „Obhut des Völkerbundes“ möglich sei. Diese Heraushebung könne nur „schrittweise im Verhältnis zur Entwicklung der Sicherheit“ durchgeführt werden.

Abrüstungsarbeiten gehen weiter

Die Beratungen über die Begriffsbestimmung der Angriffswaffen kommen jedoch nicht zum Fluß.

Genf, 19. Mai.

Die Abrüstungskonferenz hat ihre Arbeiten nach der Pfingstpause wieder aufgenommen, doch tragen diese Arbeiten, wie seit Wochen, einen rein technischen Charakter. Die zahlreichen Ausschüsse der Abrüstungskonferenz beschäftigen sich gegenwärtig noch immer mit der Frage der Begriffsbestimmung der Angriffswaffen. Diese Verhandlungen sind bisher wenig erfolgreich verlaufen, da auf französischer Seite gerade die schweren Angriffswaffen als „Verteidigungsmittel“ hingestellt werden und damit der englisch-amerikanische Versuch, zu einem allgemeinen Verbot der Angriffswaffen zu gelangen, planmäßig sabotiert wird.

Der nengebildete Ausschuß für die Gas- und chemischen Waffen wählte den belgischen Senator de Brouckere zum Vorsitzenden. Obwohl sämtliche Regierungen sich auf der Abrüstungskonferenz für die Abschaffung der Gas- und chemischen Waffen ausgesprochen haben, sind auch in dieser Frage neue Schwierigkeiten aufgetaucht, da man sich nicht einig werden kann, welche Gas- und chemischen Waffen als ausgesprochene Angriffswaffen anzusehen sind.

Fortsetzung der Ratsitzung

Der Völkerbundsrat, der seine Verhandlungen in der vorigen Woche wegen der Pariser Festungsfestlichkeiten unterbrochen hat, sprach in der neuen Sitzung der japanischen Regierung das Verbot zu der Ermordung des Ministerpräsidenten Suikai aus und erledigte dann verschiedene Punkte, wobei er auch von dem deutschen Klageantrag in der Angelegenheit des Fürsten Pleh Kenntnis nahm.

Der Antrag der Internationalen Arbeitskonferenz auf Beteiligung des Völkerbundes an der Lausanner Tributkonferenz wurde an den Berichterstatter, den japanischen Botschafter Madaraga, zur Vorlage eines Berichtes noch auf dieser Tagung verwiesen.

Die von dem beratenden Militärausschuß des Völkerbundes ausgearbeiteten

Platz der politischen Atmosphäre des Völkerbundes entzogen, um nunmehr in einem unmittelbaren Klageverfahren zwischen Deutschland und Polen vom Haager Gerichtshof entschieden zu werden.

Die deutsche Regierung geht dabei von der Erwägung aus, daß nach den bisherigen Erfahrungen weitere Einsprüche beim Völkerbundsrat gegen die fortgesetzten Unterdrückungsmaßnahmen der polnischen Regierung gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien in diesem Falle zwecklos sind. Die Klage, die alle von der polnischen Regierung in den letzten Jahren planmäßig gegen den Fürsten Pleh als Angehörigen der deutschen Minderheit ergriffenen Maßnahmen darstellt, ist bereits dem Haager Gerichtshof übermittelt worden.

Die polnische Regierung hat bisher 17 Klageverfahren vor dem internationalen Haager Gerichtshof verloren.

Sie hat auch mehrfach vor dem Völkerbundsrat eine offene Verletzung der Minderheitenschutzverträge zugeben müssen. Diese Tatsachen gewinnen besondere Bedeutung im Hinblick auf die von der polnischen Regierung jetzt lebhaft betriebene Propaganda, in der Septembertagung des Völkerbundes sich von neuem dem jetzt fällig gewordenen halbständigen Sitz im Völkerbund zu sichern. Selbstverständlich hat die lange Serie der Verurteilungen Polens durch den Haager Gerichtshof die internationale Stellung Polens nicht gerade gefördert, so daß es höchst zweifelhaft ist, ob die polnische Regierung auf der Septembervollversammlung die notwendige Zweidrittelmehrheit für die weitere Verlängerung des bisher bestehenden halbständigen Sitzes im Völkerbundsrat erhalten wird.

Durchführungsbestimmungen für das Kriegsverbüthungsabkommen

wurden den an der Abrüstungskonferenz beteiligten Regierungen überwiesen. Dieses Abkommen steht im Klagefall die sofortige Entsendung eines neutralen Sachverständigenausschusses durch den Völkerbundsrat an den Streitort vor. Der deutsche Ratsvertreter, Graf Welzel, gab hierzu eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die in den Durchführungsbestimmungen vorgesehenen Maßnahmen über die Einstellung von Luftangriffen im Kriegesfall von den schwebenden Verhandlungen der Abrüstungskonferenz über die von Deutschland geforderte völlige Abschaffung aller Aufrüstungen abhängig ist.

Ausfuhrüberschuß: 45 Millionen

Gegenüber 152 Mill. Reichsmark im März. Auswirkung der englischen Zollmaßnahmen.

Berlin, 19. Mai.

Die Bilanz des deutschen Außenhandels für April zeigt ein recht ungünstiges Bild. Der Ausfuhrüberschuß, der im März immerhin noch 152 Millionen Mark betrug, ist auf 45 Millionen zusammengecrumpft. Ihre Ursache hat die Entwicklung in dem gleichzeitigen Rückgang der Ausfuhr und der Zunahme der Einfuhr.

Die Einfuhr stieg von 363,6 Millionen Mark im März auf 427,3 im April an. Im wesentlichen wurden Lebensmittel (für 30 Mill.) und Rohstoffe (32 Mill.) mehr eingeführt. Die Fertigwareneinfuhr hat sich kaum verändert. Die Ausfuhr ging zurück von 516 Mill. auf 472,2 Mill. Der Rückgang entfällt lediglich auf die Gruppe der fertigen Waren, deren Ausfuhrwert um fast 11 v. H. unter dem Stand des Vormonats liegt. Er ist zu einem kleinen Teil durch weitere Senkung der Preise zu erklären.

Soweit bisher festzustellen ist, war für die Entwicklung der Gesamtausfuhr vor allem der Rückgang der Ausfuhr nach Großbritannien und Rußland entscheidend. Bei der Ausfuhr nach Großbritannien wirken sich die neu eingeführten Zollmaßnahmen nunmehr vollständig aus.

Die Reparationszahlungen betragen im April 9,1 Mill. gegen 11 Mill. im März. Einschließlich der Reparationszahlungen belief sich demnach der Ausfuhrüberschuß auf 54 Mill. Mark.

Landtags-Auflast in Preußen

Berlin, 19. Mai.

Der Alterspräsident des neuen Preussischen Landtags, General a. D. Eymann, hatte mit dem Direktor des Landtags, Oberregierungsrat Kienast, eine erste Unterredung, die als offizieller Auftakt der parlamentarischen Arbeiten des neuen Landtages angesehen werden kann. Die erste Sitzung, die am 24. Mai stattfindet, beginnt um 15 Uhr.

Runderlaß des preussischen Innenministers

Das bedeutet, daß die Polizei bei allen unter die Bestimmungen dieser Verordnung fallenden öffentlichen politischen Versammlungen den ungehinderten Zutritt von jedem Kaufmann ohne Zahlung eines Eintrittsgeldes und die Einräumung eines angemessenen Platzes an die Versammlung verlangen kann. Wird diesem Verlangen nicht Folge gegeben, dann tritt zwar eine Strafbarkeit nach den früheren Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes nicht ein, wohl aber kann die betreffende Versammlung gemäß Paragraph 6 Nr. 3 der Verordnung vom 28. März 1931 aufgelöst werden.

Empfang durch den Ostpreussischen Schulverein.

Die Vorsitzende des Preussischen Schulvereins, Frau Dellinghaus, wies auf die Tradition des Schulvereins hin, der im Abstimmungsjahr 1920 gegründet worden ist und stellte dann die Aufgaben des BDA und des Preussischen Schulvereins gegenüber. Sie begrüßte die Vereinigung, weil sie beiden Teilen eine größere Stoffkraft geben würde.

Berlin, 19. Mai.

 **Karl der Große**
ROMAN VON WOLFGANG MARKEN
URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU

Etwa 100 Todesopfer? — Die Schiffbrüchigen in Aden
gelandet. — Herzzerreißende Szenen.

Man spricht davon, daß noch etwa 100 Personen
schlen, über deren Schicksal völlige Ungeklärtheit besteht.
Es handelt sich größtentheils um Reisende 1. Klasse, die
sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, weil
sie von den Flammen überfaßt worden waren. Außer-
dem soll sich eine ganze Reihe von Passagieren in der
ersten Eregung ins Meer gestürzt und auf diese Weise
den Tod gefunden haben.

Kurzschluß verursachte den Brand.
Man glaubt jetzt bestimmt, daß der Brand durch Kurzschluß in einer Kaskine 1. Klasse entstanden ist. Nach Aussagen von Ueberlebenden soll das Feuer bereits am Montagabend ausgebrochen sein, obgleich der Alarm erst am Montag gegeben wurde. Bis dahin hatte man vergebens versucht, Herr der Lage zu werden.

Die Landung in Uden

Nach den Berichten der Ueberlebenden sind die bis
her amtlich veröffentlichten Listen der Jahrgäste der
„Georges Philippot“ unvollständig.

Die Betrügereien im „Debaheim“-Konzern vor Gericht.

Wegen Betrugs, einfacher und schwerer Urkundenfälschung, Planzettel-Fälschung, Vergehens gegen die Konkursordnung, handelsrechtlicher Untreue, Planzettel-Fälschung, sowie wegen Vergehens gegen das GmbH.- und das Genossenschaftsgesetz sind der Generaldirektor Wilhelm Zep-
pel, der Pastor D. Paul Cremer, dessen Sohn, der Pro-
kurist Ernst Wilhelm Cremer, der Kaufmann Gustaf Hol-
mar Clausen, der Direktor Heinrich Kozs, der Direktor
Paul Zepfel und der Pastor Adolf Müller angeklagt.

gewann Manfred und errang sich damit den Respekt Willn Websters.

Am nächsten Tag stellte Webster dem jungen Bolle seine Tochter vor.
Mary begrüßte ihn mit ruhiger Freundlichkeit, Manfred war leicht verlegen.

Mitte zum Erwerb von Eigenheimstätten
zu beschaffen. Zur damaligen Zeit war Pastor
aufschneiderischer der Bevölkung und
direktor Wilhelm Toppel Geschäftsführer der
Gesellschaft des Deutsch-evangelischen Volksan-
stalts in d. Ruhr. Im 1928 beide Gesellschaften
zusammengeführt, wurde Toppel Geschäftsführer
der Bevölkung, und Pastor Gleichmann
der Aufsichtsrat der Mäherne A.

Im Herbst 1930 geriet die Devalhem in finanzielle Schwierigkeiten. Am 11. Mai 1931 erfolgte der Zusammenbruch. Der Generaldirektor Jappel und Pastor Geimer wurden inhaftiert. Die Vermögensgegenstände der Devalhem wurden beschlagnahmt. Die Vermögensgegenstände der Devalhem wurden beschlagnahmt. Die Vermögensgegenstände der Devalhem wurden beschlagnahmt.

Der Angeklagte frühere Pastor Paul Cremer teilt mit, daß er sich ungeschulbig fühle. Er habe 40 Jahre lang Dienste der freien Wohlfahrtspflege gestanden und niemals persönliche Vorteile gesucht. Stets habe er eine Verbindung mit der Kirche gesucht, aber die Kirche habe seinen amtlichen Vertretungen keine Verbindung mit sich unterstellen wirtschaftlichen Unternehmungen.

General Masaki lehnt ab. — Neue Verhältnisse

Mitgliedersperre für die NGGgen

dem Tag
mel in

"Das ist famos!" sagte das Mädchen erfreut. "Bater hat auch die Firma Bosse beauftragt. Ich war mit dabei. Er wird er

Und er überlegte, ob er sich Webster anvertrauen sollte. Er fuhr mit ihm nach Chicago, und wollte es ihm bitten, daß er ihn in seinen Betrieb einstelle. Er hatte ja in seinem Vater's Betrieb einmal Glück gehabt.

Karl war nicht schlecht erstaunt, als er das Telegramm erhielt.

(Fortsetzung)

(Fortsetzung)

Spangenberg, den 19. Mai 1982

hän ist doch so ein milder Herr

Stimmung. Die Häuser und
wie eilt in der Flucht vor

Seele und seinem Körper neue
vollendete Harmonie eines Tru-
ben kann. Die Lebenskraft bra-
uchungspausen, darum suche das Glü-
ck und Gemüt kannst du es vor

Lebenbachbad. Lt. Bekanntmachung
Anzeigenteil dieser Zeitung ist heu-
röfnet worden. Bei der F-
preise wurde dem Wunsche vieler
getragen, den Jahreskartenpreis

ommeranturnen. Das für de
geplante Sommeranturnen des
Rut* kann wegen Plagschwierigke
stattfinden. Als letzter Termin
frage.

Raufmannsjugend und Freize
Zeit war die Frage einer sinnvoll
erlebensgestaltung so bedeutsam wie
ot der Zeit auf Allen lastet. Sch
der Raufmannsjugend im D. H.
nen gemacht um seiner Mitgl

Beiterlage. Auch unser Gebiet
hyme und vorübergehend auch Nieder
vorausgegangener stärkerer Wärme
erwittiger Form fallen dürften.
el. Für den scheidenden Regierung

iteubach. (Kreis Biedenkopf.) Bei
der Pfersbrücke fanden Kinder die
der die Decke eines Rehbodens enthielt

Volkmarsen. In der vergangenen Nacht entfiel gegen 12 Uhr im Hotel Schomburg anlässlich einer Schützenballnachfeier eine Schlägerei, bei der der Landwirt Th. Meißel und der Arbeiter J. Wellmann in angetrunkenem Zustande aneinandergeralen waren. Pöblich zog letzterer ein Messer und versetzte W. fünf Stöße, durch die Wunde, Bauch und Seite so schwer verletzt wurden, daß W. sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Aus Stadt und Land

* Mißbrauchtes Vertrauen. Der Geschäftsführer
des Berliner Börsen-Club-Gesellschafts wurden

Der Schüler Student in Polen verheiratet. Im dem 1. Mai ist der 21. Jahre alte Student Walter Herz der aus Wiesbaden-Biebrich stammt und an der Technischen Hochschule in Danzig studierte, verheiratet. Am 30. April hatte er noch mit einem Kommilitonen in einem Danziger Lokal zu Mittag gegessen und war diesen geäußert, daß er am 1. Mai eine Wanderung entlang der Küste nach Gdingen antreten wolle. Er muß auch noch in Gdingen eingetroffen sein, denn seine Mutter und verschiedene Bekannte haben von ihm aus Gdingen vom 1. Mai datierte Kartengrüße erhalten. Seit diesem Tage fehlt jede Nachricht von ihm.

* Oberleutnant Haffe aus dem Krankenhaus entlassen.
Der vor 14 Tagen beim römischen Reitturnier gestürzte
Oberleutnant Haffe, einer der bekanntesten Turnierreiter
der Reichswehr, hat das Krankenhaus in Rom ver-
lassen. Er wird nach einigen Tagen die Heimatreise an-
treten.

* **Enaliger Leuchtturmwärter in China erschossen.**

Jahrestagung des Lehrervereins

Rostock, 19. Mai.

Der Deutsche Lehrerverein hielt in Rostock seine von etwa 2000 Delegierten besuchte 40. Vertreterversammlung ab. Herzlichst begrüßt wurden vor allem die auf der Sa-

In dem vom Vorstand erteilten Geschäftsbericht wird

ARTERIEN-VERKALKUNG

und vorzeitiges Altern, Ihre Vorboten und Begleitsymptome wie:
Hoher Blutdruck, Atemnot, Schwindelanfälle, Herzbeschwerden,
Ohnmachtsanfälle, Kopfschmerzen, Schwäche des Denkvorgangs,
Schlaflosigkeit und Mannesschwäche bekämpfen Sie durch
D. K. Tonicum m. Radium-Emanation

Lassen
Eine Freude
usw. leiden

Wollen Sie also wieder gesund werden, dann vermeiden Sie jede Ver-
 regung und wenden Sie sich sofort an uns. Kein Geheimmittel, die Bestandteile
 sind auf jeder Packung angegeben. — Preis pro Packung RM. 7.—.

MARNO LE MOULT, G. m. b. H.,

Genf, 10. Mai.

Für diese Länder sei der öffentliche Verkehrsmittelwesen aller Art ein unübertrefflich großer. Ihre nationale Verteidigung und das Leben ihrer Zivilbevölkerung sei durch das Vorhandensein militärischer Luftfahrt auf das empfindlichste bedroht.

Nationalsozialistischer Landtagspräsident
— Dessau, 18. Mai.
Der neugewählte Anhaltische Landtag trat unter un-

neue Rechtsanwalt Dr. Nicolai Bessan gewählten
Posten des ersten Vizepräsidenten wurde der zweitstärk-

Selbstmordversuche des Reebers Curtis
Haftbefehl erlassen.
New York, 19. Mai.
Der Gouverneur von New Jersey, Moore, hat be-

Leben zu nehmen. Curtiß unternahm dann trotz harter Strafbefehle zwei Selbstmordversuche, wie er angab, au

52 Arbeiter verschüttet
Santiago de Chile, 19. Mai.
Bei einem Tunnelbau der transandischen Eisenbahn in der Nähe von Quilomay bei Temuco (Provinz Cautín) wurden 52 chilenische Arbeiter verschüttet. Man hat die Beseitigung als Rettungsaufgaben.

Prof. Dr. Graf zu Dohna, der bekannte

:: Oldenburg-Banushau — Ältestes Reichstagsmit-
glied. Das älteste Mitglied des Reichstages nach dem Ab-
leben von Prof. Dr. Rahl ist nunmehr der deutschnationa-
le Abgeordnete Kammerherr von Oldenburg-Banushau
der im 77. Lebensjahr steht.

Tropin mit Radium Emanation 126 Uraneinheiten fa-
nd sich bei der Arterienverfaltung laut Gutachten hervorragen-
der Fachärzte bestens bewährt. Bei keinem anderen Leiden
ist das rechtzeitige Vorgehen so wichtig wie bei Arterien-
verfaltung. Tropin-Präparate werden von der Firma
Marno le Mout G. m. b. H., Magdeburg, Breiter Weg
160/162, Haus „Weißer Schwan“, vertrieben. Wir ver-
weisen auf das heutige Inserat der genannten Firma.

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine

una Ihre Leiden heilen und Ihre Schmerzen beseitigen
 Unsere Trans-Doppelkur hat noch nie versagt!

Das volle Beträge des Kaufs Sie zurück, falls Sie nach Verbrauch der von uns nicht
 selbst befreit sind. **Garantiechein** für die von uns bezogenen Präparate liegt jeder Sendung bei.
 Die kleine Angabe, wenn es sich um Ihre Gesundheit handelt, selbst wenn Sie bereits
 erreicht haben. **Wir haben Tausende geheilt, warum nicht auch Sie?** Unsere Doppel-
 und enthält keine Gifte. **Keine Tee- oder Embreikaffee! Preis RM. 5,-** und
 mündung des Betrages erfolgt der Versand postfrei.
 Ausräucher! Gelingen Ihnen, jeder, der es will. **Die Präparate und die eingehende**
 ständigen Kontrolle eines staatlich gepr. Apothekers und Chemikers

Magdeburg, Breiter Weg 100 (D 11)

